

**Niederschrift über die 37. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Planen und Bauen am 22.10.2008, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal,
Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Frau Marita Gerdemann		
Herr Detlef Kleer	SPD	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Frau Hannelore Leimkühler-Bauland	CDU	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Diedrich vor der Brüggen	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	Vertretung für Detlef Kleer
Herr Augustinus Weiling	Pro Coesfeld	Vertretung für Dr. Kirstein
Frau Margret Woltering		Vertretung für Klaus Schneider
beratende Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Senger	FDP	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Uwe Manteuffel	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 18:20 Uhr.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
2. Beschluss über die Festlegung eines Stadtumbaugebietes nach § 171 b BauGB
Vorlage: 257/2008
3. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sökelandstraße"
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 242/2008
- 3.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sökelandstraße"
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 242/2008/1
4. Gestaltung der Ausgleichsfläche im Bebauungsplangebiet 75 "Stadterweiterung Nord-West"
Vorlage: 252/2008
5. Arbeitskreis Nahmobilität: Sitzung am 22. September 2008
Vorlage: 241/2008
6. Tempo 30-Zonen Reiningstraße/Steveder Weg: Beschluss über die zu realisierenden Maßnahmen
Vorlage: 205/2008
7. Durchgangsverkehr Neumühle: Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 226/2008
8. Anregung gem. § 24 GO NRW auf Abbindung der Straße Neumühle südlich der Berkelbrücke / Antrag der FDP-Fraktion zum Durchgangsverkehr Neumühle
Vorlage: 230/2008
9. 3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste
Vorlage: 253/2008
10. Realisierungsstand der Maßnahmen zum 3. Quartal 2008
Vorlage: 258/2008
11. Biotonne im Außenbereich
Vorlage: 272/2008
12. Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

2. Externe Nutzungen in städtischen Gebäuden
Vorlage: 229/2008
3. Verkauf eines Grundstücks
Vorlage: 211/2008
4. Anfragen

Vor Beginn der erhalten die Ausschussmitglieder zu TOP 3 ö. S. eine Ergänzung zur Vorlage 242/2008. Die Tagesordnung wird insofern um den Punkt 3.1 ergänzt. Darüber hinaus wird die Tagesordnung einvernehmlich um den Punkt

11. Biotonne im Außenbereich

erweitert. Hierzu wird die Berichtsvorlage 272/2008 verteilt.

Erledigung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung

Herr Dickmanns informiert, dass im Musikraum der Theodor-Heuss-Realschule Schimmelpilzbefall festgestellt wurde. Nach bisher durchgeführten Messungen war der Raum nicht auffällig, in einem Ortstermin mit einem Sachverständigen wurden jedoch Schimmelpilzsporen vorgefunden. Der Befall sei offensichtlich durch Mängel in der Baukonstruktion im Verbund mit mangelndem Wärmeschutz entstanden. Die Mängel wurden in den Herbstferien beseitigt. Für den Sommer 2009 sei eine umfangreiche Fassadensanierung eingeplant, wenn die nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Weiterhin teilt Herr Dickmanns mit, dass das Land Fördermittel für die energetische Sanierung an Schulen bereitgestellt habe. Voraussetzung für eine Förderungsfähigkeit sei unter anderem die Lage des Schulgebäudes in einem Sanierungsgebiet. Aus diesem Grunde wurde eine Förderung zur Sanierung der Martin-Luther-Schule beantragt. Leider habe der FB 70 gestern die Mitteilung erhalten, dass keine Förderung in Aussicht gestellt werden könne, obwohl die Bezirksregierung und der Regionalrat eine positive Beurteilung abgegeben hatten.

Herr Dickmanns berichtet, dass am 16.10.2008 das Bürgergespräch mit den Anliegern „Stegge“ durchgeführt wurde. Es waren 26 Anlieger erschienen. Unter der Voraussetzung, dass für die Kinder ein sicherer Weg geschaffen werden könne, bestand Einigkeit, auf die Spielfläche im Baugebiet „Großer Esch“ zu verzichten und den Kinderspielplatz „Im Großen Esch“ aufzuwerten. Die Anlieger und der Fachbereich 60 hätten Vorschläge ausgearbeitet. Der FB 60 und die Straßenverkehrsbehörde werden nun eine Planung erarbeiten. Der Entwurf solle erneut mit den Anliegern besprochen und im Bezirksausschuss am 06.11.2008 beraten werden.

Herr Manteuffel berichtet, dass im Zusammenhang mit der Außengastronomie „Extrablatt“ im Gestaltungsbeirat offene Fragen zum Thema Sonnenschutz, Möblierung für Marktplatz und Innenstadt etc. diskutiert wurden. Es sei eine Landschaftsarchitektin mit der Erarbeitung eines Gestaltungskonzeptes beauftragt worden, das in der letzten Sitzung des Gestaltungsbeirates gemeinsam mit dem Stadtmarketingverein diskutiert wurde. Die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates werden nun in einer Fibel oder in einem Konzept zusammengefasst, das dem Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden solle.

Herr Manteuffel teilt weiterhin mit, dass die Fortschreibung des Einzelhandelsgutachtens für 2008 projektiert sei. Der Vorstand und der Arbeitskreis im Stadtmarketingverein haben empfohlen, die Angelegenheit zurückzustellen, bis sich die jetzt in Betrieb genommenen größeren Einzelhandelsbetriebe am Markt etabliert haben.

Zum Bebauungsplanverfahren Coesfelder Weberei teilt Herr Manteuffel mit, dass die Auslegung der Planung noch nicht erfolgen konnte, da der Vorhabenträger die Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt habe.

Herr Backes kündigt für den 19.11.2008 eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport zum Thema „Ganztagsbetrieb an den weiterführenden Schulen“ an. Herr Dr. Robers habe mit den Vorsitzenden vereinbart, dass der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen um 16.00 Uhr tagen wird, die gemeinsame Sitzung sei ab 17.00 Uhr vorgesehen.

TOP 2 **Beschluss über die Festlegung eines Stadtumbaugebietes nach § 171 b BauGB**
Vorlage: 257/2008

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen den Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB) vom 14.12.2006 aufzuheben.

Beschlussvorschlag 2:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt für den im beigefügten Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich die Festlegung eines Stadtumbaugebietes nach § 171b Baugesetzbuch.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	12	0	0
Beschluss 2	12	0	0

TOP 3 **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sökelandstraße"**
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 242/2008

Zu diesem TOP wurde vor Beginn eine ergänzende Vorlage verteilt. Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt unter dem Punkt 3.1 der heutigen Sitzung.

TOP 3.1

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sökelandstraße"
-Beschluss zur öffentlichen Auslegung
-Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger
öffentlicher Belange
Vorlage: 242/2008/1**

Herr Backes erläutert ausführlich die ergänzende Vorlage. Auf Nachfrage von Herrn Stallmeyer für die SPD-Fraktion, ob durch die geänderte Gebietsausweisung für die übrigen Flächen mit nachteiligen Entwicklungen zu rechnen sei, erläutert Herr Manteuffel, dass grundsätzlich immer die Möglichkeit bestehe, Bebauungspläne zu ändern. Dies falle in die Planungshoheit der Gemeinden. Die geplante Festsetzung als Mischgebiet zeichne den derzeitigen Stand nach, die maximal zulässige Verkaufsfläche definiere sich aus dieser Festsetzung. Frau Ahrendt-Prinz bedauert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die zeitliche Verzögerung.

Beschlussvorschlag 1:

Im Bereich des geplanten Elektrofachmarkts wird ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Wohn- und Geschäftshaus für großflächigen Einzelhandel“ festgesetzt, in den übrigen Bereichen ein Mischgebiet nach § 6 BauNVO.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen die öffentliche Auslegung mit den geänderten Unterlagen einschließlich der Ergänzung der Begründung (s. Sachverhalt) gem. § 3 BauGB erneut durchzuführen.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB mit den überarbeiteten Unterlagen einschließlich der Ergänzung der Begründung (s. Sachverhalt) erneut zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	12	0	0
Beschluss 2	12	0	0
Beschluss 3	12	0	0

TOP 4

**Gestaltung der Ausgleichsfläche im Bebauungsplangebiet 75
"Stadterweiterung Nord-West"
Vorlage: 252/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt, die vorgestellte Planung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 5

**Arbeitskreis Nahmobilität: Sitzung am 22. September 2008
Vorlage: 241/2008**

In der Diskussion begrüßt Herr Büker für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. grundsätzlich den Vorschlag der Verwaltung und verweist auf einen Antrag seiner Fraktion aus Mai 2005. Er ist allerdings der Auffassung, dass eine Änderung der Schaltungen zum jetzigen Zeitpunkt zu einer Reduzierung der Sicherheit an betroffenen Kreuzungsbereichen führen werde. Hierzu entgegnet Herr Backes, dass es jetzt zunächst darum gehe, politisch die Wünsche der Stadt Coesfeld zu formulieren, um die zuständigen Straßenbaulastträger und die Straßenverkehrsbehörde um eine erneute Abwägung zu bitten. Das Ergebnis sei offen. Frau Woltering weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass man Autofahrern und den schwächeren Verkehrsteilnehmern gerecht werden müsse. Die Weiterführung der Gespräche sei nur positiv zu werten. Auf die Anregung von Frau Ahrendt-Prinz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auch Kreuzungsbereiche außerhalb der Innenstadt mit einzubeziehen, entgegnet Herr Manteuffel, dass der Fokus zunächst nur auf die Innenstadt gerichtet sei, da jede Ampelanlage betrachtet werden müsse. Herr Backes ergänzt, dass nur für die Innenstadt Ziele formuliert werden können. Außerhalb liegende Anlagen würden aufgrund der niedrigeren Fuß- und Radfahrerfrequenz anders gewichtet. Herr Stallmeyer begrüßt für die SPD-Fraktion die Empfehlung, einen Grundsatzbeschluss zu formulieren. Zunächst sollte man sich auf die Innenstadt konzentrieren. Dem Fuß- und Radfahrerverkehr komme heute eine andere Bedeutung zu.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt mit den Straßenbaulastträgern aufzunehmen, um zu erreichen, dass im zentralen Stadtgebiet und auf wichtigen Rad- und Fußwegebeziehungen die separaten Schaltungen an Lichtsignalanlagen mit Anforderungskontakten für Fußgänger und Radfahrer aufgegeben und die Steuerung der Anlagen kurzfristig geändert wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 6

**Tempo 30-Zonen Reiningstraße/Steveder Weg: Beschluss über die zu realisierenden Maßnahmen
Vorlage: 205/2008**

Herr Backes informiert über die zweite Bürgerversammlung und erläutert die Alternativen 1 und 2 sowie die weiteren Festlegungen für das Gesamtgebiet.

In der ausführlichen Diskussion spricht sich Herr Büker für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. für die Alternative 1 und den Beschlussvorschlag 4 aus. Diese Maßnahmen können mit relativ geringem finanziellen Aufwand getestet werden. Beschlussvorschlag 3 verursache durch das erforderliche Absenken der Bordsteine Kosten, die sich u. U. nach Abschluss der Testphase als nicht notwendig herausstellen könnten. In die Untersuchung sollten allerdings die Knotenpunkte Rekener Straße und Borkener Straße mit dem Konrad-Adenauer-Ring einbezogen werden. Frau Gerdemann hält die Alternative 1 sowie die Beschlussvorschläge 2 und 4 für einen vernünftigen Kompromiss. Sie stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, unabhängig von der Testphase die Aufpflasterung der Querungshilfe im Bereich Am Fredesteen/Reiningstraße/Berkelpättken umzusetzen. Herr

Stallmeyer spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls für die Alternative 1 sowie die Beschlussvorschläge 2 und 4 aus.

Beschluss 1:

Die in der Verkehrsuntersuchung empfohlenen Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrsanteiles werden teilweise ersetzt durch eine straßenverkehrsrechtliche Beschränkung einzelner Fahrbeziehungen (siehe Anlage zur Sitzungsvorlage) in der Kreuzung Reiningstraße/Haugen Kamp in Verbindung mit einer entsprechenden Umgestaltung des Kreuzungsbereiches.

Beschluss 2:

Als weiteres Element der Verkehrsberuhigung wird das in der Verkehrsuntersuchung vorgeschlagene alternierende Parken eingesetzt. Gleichzeitig wird für die Reiningstraße, den Oldendorper Weg, den Haugen Kamp und die Straßen Am Fredesteen und Am Niesing eine Halteverbotszone angeordnet. Die Markierungen sind so auszuführen, dass der fließende Verkehr nur dann beeinträchtigt wird, wenn tatsächlich ein Fahrzeug am Fahrbahnrand abgestellt wird.

Beschluss 3:

Der bisherige Radweg entlang der Reiningstraße vor dem Friedhof wird zukünftig zum Parken genutzt. Die Kennzeichnung als Parkmöglichkeit erfolgt nur durch farbige Markierungen.

Beschluss 4:

Die Wirksamkeit der straßenverkehrsrechtlichen Beschränkung einzelner Fahrbeziehungen als Maßnahme zur Reduzierung des Durchgangsverkehres wird zunächst in einer halbjährigen Testphase beobachtet. In dieser Testphase werden die vorgesehenen Umgestaltungen der Kreuzungsbereiche Reiningstraße/Am Fredesteen und Reiningstraße/Oldendorper Weg/Haugen Kamp zunächst mit provisorischen Mitteln (Markierungen, Warnbaken auf der Fahrbahn) dargestellt. Mit Hilfe einer Vor- und Nachuntersuchung ist die Wirksamkeit der Maßnahmen nachzuweisen. In die Untersuchung einzubeziehen sind die Kreuzungsbereiche Rekener Straße/Konrad-Adenauer-Ring und Borkener Straße/Konrad-Adenauer-Ring.

Beschluss 5:

Unabhängig von der Testphase erfolgt die Aufpflasterung der Querungshilfe im Bereich Am Fredesteen/Reiningstraße/Berkelpättken.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	12	0	0
Beschluss 2	7	5	0
Beschluss 3	12	0	0
Beschluss 4	12	0	0
Beschluss 5	12	0	0

Über den Beschlussvorschlag 1 – Alternative 2 wurde nicht abgestimmt.

TOP 7 **Durchgangsverkehr Neumühle: Antrag der FDP-Fraktion**
Vorlage: 226/2008

TOP 8 **Anregung gem. § 24 GO NRW auf Abbindung der Straße Neumühle**
südlich der Berkelbrücke / Antrag der FDP-Fraktion zum
Durchgangsverkehr Neumühle
Vorlage: 230/2008

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 gemeinsam zu beraten. Frau Leimkühler-Bauland erklärt sich zu beiden Punkten nach § 31 Abs. 4 GO NRW für befangen und verlässt den Sitzungssaal.

In der ausführlichen Diskussion können die übrigen Fraktionen den Antrag der FDP-Fraktion nicht nachvollziehen, zumal dieser zeitlich nach dem Bürgerantrag vorgelegt wurde. Frau Woltering ist für die CDU-Fraktion der Meinung, dass die Fakten für eine Abbindung der Straße nicht ausreichen. Sie fragt nach, ob es ggf. möglich sei, durch eine Verringerung des Schwerlastverkehrs für Abhilfe zu sorgen. Herr Backes führt zu dieser Anregung aus, dass nach derzeitiger Beschilderung nur Anliegerverkehr zulässig sei, die Straße tatsächlich aber eine andere Verkehrsfunktion innehat. Insofern sei die Beschilderung nicht korrekt. Herr Stallmeyer ist der Auffassung, dass der zuständige FB 30 eine Regelung treffen sollte. Vielleicht könne die Politik eine Empfehlung aussprechen. Der Abwägungsprozess sei schwierig. Bei einer korrekten Beschilderung ergäbe sich zwangsläufig eine Zunahme des Verkehrs in Richtung Reithalle. Er plädiere für verstärkte Kontrollen. Zu diesem Vorschlag erläutert Herr Backes die Funktion von Anliegerstraße. Die tatsächliche Möglichkeit, eine Nutzung auf den Anliegerverkehr zu beschränken sei gering. Er räumt ein, dass in der Vergangenheit viele „Alibischilder“ aufgestellt wurden, eine Kontrolle sei praktisch unmöglich. Herr Büker ist für die Fraktion der freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass die Politik nur Empfehlungen geben könne, die Entscheidung müsse durch den zuständigen Fachbereich nach verkehrsrechtlichen Vorgaben getroffen werden.

Beschluss 1:

Die Anregung wird an den Bürgermeister als für die Entscheidung zuständige Stelle ohne Empfehlung verwiesen.

Beschluss 2 (Antrag der FDP-Fraktion):

Die Verwaltung möge feststellen, inwieweit auf der Neumühle Durchgangsverkehr besteht. Die Verwaltung möge geeignete Maßnahmen vorstellen, wie bestehender Durchgangsverkehr unterbunden oder ihm zumindest wirkungsvoll begegnet werden könnte.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11		
Beschluss 2	Eine Abstimmung über Antrag der FDP-Fraktion ist lt. Aussage von Herrn Senger nicht erforderlich.		

TOP 9 **3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste**
Vorlage: 253/2008

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Fragen zu Kennzahl S. 2 und S. 20 werden im nichtöffentlichen Sitzungsteil beantwortet werden.

TOP 10 **Realisierungsstand der Maßnahmen zum 3. Quartal 2008**
Vorlage: 258/2008

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 11 **Biotonne im Außenbereich**
Vorlage: 272/2008

Der Ausschuss nimmt den Bericht nach ausführlicher Erläuterung durch Herrn Backes zur Kenntnis.

TOP 12 **Anfragen**

Herr Büker weist auf Lärmbelästigungen der Anlieger im Bereich der Firma Kaufland z. B. durch Kühlcontainer hin.

Herr Manteuffel teilt mit, dass das Problem bekannt sei. Nach der Baugenehmigung müsse die Anlieferung in der Zeit von 6 bis 22 Uhr über den Anlieferhof erfolgen. Gespräche zwischen Stadt, Polizei und Kaufland wurden geführt. Die Startphase sollte abgewartet werden. Die Firma Kaufland sei bemüht, alle Möglichkeiten einer Verbesserung auszuschöpfen. Ggf. sei auch durch eine Ergänzung der Beschilderung eine Verbesserung zu erzielen, bis sich die Anlieferung eingespielt habe.

Frau Ahrendt-Prinz verweist auf den Bericht der Verwaltung zu geplanten Photovoltaikanlagen auf städtischen Schulgebäuden und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Verträge mit dem Investor geschlossen wurden. Zurzeit erfolge eine Klärung statischer Phasen. Ein konkreter Sachstandsbericht liegt dem Protokoll als Anlage 1 bei.

Frau Ahrendt-Prinz fragt nach, ob der Investor für das Kalki bereits sein Konzept vorgelegt habe.

Herr Manteuffel teilt mit, dass dem Investor die Bedenken der Stadt mitgeteilt wurden. Seitdem habe die Verwaltung nichts mehr gehört.

Unter Hinweis auf die Berichterstattung in der Presse fragt Frau Ahrendt-Prinz nach, ob die Stadt den Bereich an der Güterabfertigung nicht begrünen könne.

Herr Backes weist darauf hin, dass die Zuständigkeit der Stadt mit der Kante des Radweges ende. Eigentümer sei das Bundeseisenbahnvermögen. Diese Behörde wurde gebeten, dass

Grundstück sauber zu halten. Ein Engagement über die Verkehrssicherungspflicht hinaus sei von dort aus nicht zu erwarten.

Frau Ahrendt-Prinz ist der Meinung, dass die Stadt den Streifen mit sauber halten solle und den Eigentümer immer wieder auf das Ärgernis hinweisen sollte.

Frau Woltering fragt, ob in der Versammlung mit den Bürgern aus dem Bereich „Großer Esch“ auch der Hinweis eingeflossen sei, dass eine Querung durch den landwirtschaftlichen Verkehr weiterhin möglich sein müsse.

Diese Frage wird von Herrn Dickmanns bejaht.

Herr Peters bittet, in den Sachstandsbericht zu Photovoltaikanlagen auch noch einmal auf die Auswirkungen auf das öffentliche Stromnetz einzugehen.

Herr Peters weist darauf hin, dass bei Coesfelder Architekten Unmut bestehe, dass sich zum Thema „Regionale Baukultur“ nichts bewege.

Herr Backes entgegnet, dass die zuständigen Kollegen in der Planung zurzeit mit der Entwicklung des Kasernengeländes beschäftigt seien. Dies werde auch noch mindestens ½ Jahr andauern. Der Arbeitskreis „Bündnis für regionale Baukultur“ tage am 10.11.2008.

Herr Manteuffel ergänzt, dass das Thema nicht beiseite gelegt wurde. Auch die Entwicklung der Innenstadt, der Promenaden und die Sitzungen des Gestaltungsbeirates seien wichtige Punkte regionaler Baukultur.

Ergänzend zur Anfrage von Herrn Büker weist Herr Peters zum Thema Kaufland darauf hin, dass auch durch ortsfeste Kühleinrichtungen Geräuschemissionen verursacht werden.

Weiterhin erkundigt sich Herr Peters nach einem Schreiben des Kreisjägerverbandes zum Standort der Schießanlage in Flamschen.

Herr Backes wird im nichtöffentlichen Teil berichten.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin